



Themen

Seite 1

Gribl: Starke Städte - Starkes Land

Seite 6

Ministerpräsident beim Städtetag in Coburg

Seite 7

Podium: Wohnen und Mobilität

Seite 8

Podium: Integration und Digitalisierung

Seite 9

Broschüre: Integration braucht Strategie

Seite 10

Entwicklung der Steuereinnahmen

Seite 11

Mehrarbeitsvergütung für Bürobeamte

Seite 12

Konferenz zur Förderung des Wohnbaus

Seite 13

Städtetag Bayern und Baden-Württemberg

Seite 14

Handel muss Kunden abholen

Städtetag in Coburg: Starke Städte - Starkes Land

Mit Blick auf das Jubiläum 100 Jahre Freistaat Bayern verwies der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, bei seiner Rede bei der Vollversammlung in Coburg auf die Erfolgsgeschichte Bayerns, die sich nicht erzählen lässt „ohne den enormen Beitrag, den die bayerischen Städte geleistet haben.“ Die Kraft der kommunalen Selbstverwaltung habe ebenso eine Rolle gespielt wie eine leistungsfähige kommunale Daseinsvorsorge, die für Lebensqualität der Menschen sorgt - mit Wasserwerken, Kanalisation, Krankenhäusern, Gas und Strom, öffentlichem Nahverkehr auf Straße und Schiene. Die Städte legten Fundamente, auf denen das moderne Bayern wuchs. Sie waren Wegbereiter für Innovation und Fortschritt.

An das enge Zusammenwirken von Städten und Freistaat müsse gerade im Vorfeld einer Landtagswahl erinnert werden: Das Motto „Starke Städte – Starkes Land“ zeigt laut Gribl die Wechselwirkung von vielen Themensträngen, die eng miteinander verflochten sind: „Alles hängt mit Allem zusammen“. Die Städte weben die vier Stränge Demografie und Wohnen, Digitale Transformation, Integration, Mobilität und Energie zusammen – dies ist eine Gemeinschaftsaufgabe der Kommunen im Beziehungsgeflecht mit Europa, Bund und Freistaat. Der Staat müsse immer wieder mit dafür sorgen, dass die Kommunen ihr Leistungsangebot an die jeweiligen Herausforderungen der Zeit anpassen können. Das ist eine Daueraufgabe, die sich mit immer neuen Herausforderungen stellt, meinte Gribl: „Das starke Band zwischen Städten und Freistaat darf nicht ausleiern.“

Zusätzlich zum Positionspapier zur Landtagswahl hat die Geschäftsstelle des Bayerischen Städtetags ein Faltblatt gestaltet, das Kernthemen und Kernforderungen benennt, mit denen sich die Vollversammlungen des Städtetags in den

Impressum

Büro: Prannerstraße 7, 80333 München

Post: Postfach 100254, 80076 München

Telefon: 089 290087-0

E-Mail: post@bay-staedtetag.de

Website: www.bay-staedtetag.de

Verantwortlich für den Inhalt:

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Bernd Buckenhofer

Redaktion: Dr. Achim Sing

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier



vergangenen Jahren bereits befasst haben und die auch in Zukunft die Kommunalpolitik beschäftigen werden. Das Faltblatt stellt grafisch mit vier bunten Strängen dar, wie eng diese Kernthemen miteinander verflochten sind und welche vielen Berührungspunkte sich zwischen den Themensträngen ergeben. So hängt Wohnen mit Mobilität zusammen, Integration und Wohnen sind eng verwoben, Mobilität lässt sich nicht ohne Energie und Digitalisierung weiterentwickeln.

Die Kommunen sind laut Gribl die Basis jeden Staats, denn jede Ebene dient den Bürgern – dies gilt auch für die Bundesebene. Allerdings nahm Gribl, nicht zuletzt bei den Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer Bundesregierung, eine Entkoppelung der Bundesebene von der kommunalen Ebene wahr. Bei Sondierungsverhandlungen registrierte er als Teilnehmer fragende Blicke: „Was macht die Kommunalpolitik mit am Tisch?“ Dabei sind Verkehrspolitik, Infrastrukturpolitik, Fragen der Förderung des öffentlichen Nahverkehrs oder des Wohnungsbaus Beispiele für die enge Verflechtung von Bund und Kommunen. Weitere Beispiele gibt es laut Gribl in der Sozialpolitik mit Jugendhilfe, Kinderbetreuung oder Integrationsaufgaben: „Der Bund ist schnell bei der Hand, neue Aufgaben zu formulieren. Der Bund legt Aufgaben fest, die von den Kommunen vollzogen werden müssen. Wer allerdings Aufgaben festlegt, ohne dies fachlich, finanziell, organisatorisch und personell zu hinterlegen, verliert Akzeptanz.“

Als „Garant und Schutzpatron für die Anliegen der Kommunen“ müsse der Freistaat auf Bundesebene bereit stehen. Gribl verwies auf die Dringlichkeit einer zügigen Reform der Grundsteuer. Die Grundsteuer ist mit 10 Prozent der gesamten kommunalen Steuereinnahmen eine wichtige und stetige Einnahmesäule. Das Recht auf einen gemeindlichen Hebesatz muss weiter bestehen. Bund und Länder müssen sich nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts auf ein praktikables und rechtssicheres Modell einigen. Eine verfassungsfeste Reform darf die Wertentwicklung der Grundstücke nicht außer Acht lassen.

Als weiteres drängendes Beispiel nannte Gribl das Auslaufen der erhöhten Gewerbesteuerumlage, die sich in Bayern im Jahr 2017 auf rund 920 Millionen Euro belief: „Unsere Kämmerer haben in der mittelfristigen Finanzplanung fest damit gerechnet, dass diese Belastung weg fällt.“ Daher lehnt der Bayerische Städtetag die Initiativen einzelner Bundesländer ab, die eine Fortführung der Solidarpaktumlage anstreben. Die Vertrauensgrundlage der Entlastung im Jahr 2020 darf laut Gribl nicht zerstört werden: „Wir sind in hohem Maße alarmiert wegen der derzeitigen Diskussionen.“

Bundesmitten müssen bei den Kommunen ankommen

Gribl verwies auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter, den der Bund im Jahr 2025 einführen will. Das Ziel entspricht den Erwartungen vieler Eltern. Städte und Gemeinden unterstützen das Ziel. Allerdings ist die kommunale Ebene unzufrieden, dass die Schaffung von Ganztagsangeboten im Rahmen der kommunalen Jugendhilfe über das Sozialgesetzbuch VII stattfinden soll: „Das muss mindestens eine gemeinsame Aufgabe sein“, meinte Gribl. Er zog aus diesen Beispielen zum Verhältnis zwischen Bund und Kommunen das Fazit: „Wir brauchen einen Grundkonsens, dass Bundesmittel, die wir Kommunen erstritten haben und die über den Freistaat laufen, auch bei den Kommunen ankommen.“ Das Vertrauen auf die Durchgängigkeit der föderalen Verbindungen dürfe nicht getrübt werden.

„Bayern steht gut da. Mit seinen Städten lässt sich gut Staat machen“, meinte Gribl. In der Vergangenheit hat sich das gemeinsame Vertrauensverhältnis zwischen Freistaat und Kommunen positiv auf die Entwicklung Bayerns ausgewirkt. Das gute Miteinander hat geholfen, schwierige Situationen zu bewältigen. Der Wandel vom Agrarstaat zum Industriestaat konnte gestaltet werden, die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen nach 1945 konnte gelingen, die Ölkrise und die Finanzmarktkrise konnten bewältigt werden. Wegen der engen

Zusammenarbeit von Freistaat und Kommunen konnte Bayern laut Gribl „aus allen Krisen gestärkt hervorgehen“. Das starke Band zwischen Freistaat und Kommunen müsse in der Zukunft immer wieder mit neuen Strängen verstärkt werden, zumal die gegenwärtige positive Wirtschaftslage und die fließenden Steuermittel keine Selbstverständlichkeit sind.

„Wir stehen vor Veränderungen mit epochaler Bedeutung“, sagte Gribl und verwies auf gewichtige Einzelthemen, die jedes für sich gesehen schon eine Herausforderung seien: Digitalisierung, demografischer Wandel, Mobilität, Wohnen. „Diese Themenbereiche sind inhaltlich verwoben und können nur gleichzeitig ganzheitlich gelöst werden“, sagte Gribl. Jeder dieser Stränge muss verwoben werden. An jedem Ende dieser Stränge muss weiter geknüpft werden. Ein erster Strang liegt in der digitalen Transformation.

Digitale Transformation muss laut Gribl auf kommunaler Ebene mit Augenmaß geschehen und orientiert an den Bedürfnissen der Bürger. Digitale Technologien verändern unsere Gewohnheiten, ändern das soziale Gefüge und die Gesellschaft, erläuterte Gribl: „Digitale Möglichkeiten verändern die Erwartungen an die Verwaltung und die Rathäuser, an die Teilhabe an Entscheidungen oder an die Gestaltung des öffentlichen Raums.“ Die digitale Transformation erfasst laut Gribl „den gesamten analogen Wirkungsbereich einer Stadt. Anwendungsfelder ergeben sich bei Mobilität und Energie, elektronischer Verwaltung, Daseinsvorsorge, Wohnungsbau und dem digitalen Klassenzimmer“ – dies sind einige der Bereiche, die den Bayerischen Städtetag in seiner Arbeit bereits intensiv beschäftigen.

„Die Menschen, die es gewohnt sind, im Internet einzukaufen, einen Flug zu buchen, ein Hotel zu suchen, ein Auto zu kaufen – diese Menschen haben die Anspruchshaltung, dass Verwaltung ebenfalls auf Mausclick funktionieren soll. Wir dürfen diese Anspruchshaltung nicht in jeder Hinsicht bestärken,“ meinte Gribl. Bei der Umstel-

lung der Verwaltung stehen Herausforderungen an: „Es muss neben der nötigen Offenheit für neue Technologien gleichzeitig Vorsicht beim Datenschutz gemäß den Prinzipien einer verantwortungsvollen Verwaltung bestehen. So wächst ein Spannungsfeld einerseits zwischen der Erschließung neuer Datenquellen und der Veredelung von Daten sowie andererseits dem Datenschutz und Persönlichkeitsschutz. Städte erbringen ihre Daseinsvorsorge für alle.“ Dies gelte für technisch affine Menschen, die täglich ihre „Smartphones und Tablets wie Tamagotchis füttern“ ebenso wie für Menschen, die in der analogen Welt verwurzelt sind, weil sie sich etwa wegen ihres Alters oder wegen der Kosten für moderne Geräte von der digitalen Welt ausgeschlossen sehen. Gribl: „Die digitale Transformation darf keinen Menschen zurücklassen.“

Mobiles Internet: Weiße Flecken gibt es auch in vielen Ecken unserer Städte

Eine flächendeckende technische Infrastruktur und eine moderne Breitbandversorgung sowie leistungskräftige Mobilfunkabdeckung sind Grundvoraussetzungen der digitalen Transformation. Für autonomes Fahren oder für den Austausch riesiger Datenmengen zwischen Unternehmen braucht es schnelleres Internet. Im europaweiten Vergleich liegt Deutschland im Mittelfeld oder auf hinteren Rängen, sagte Gribl: „Weiße Flecken in der Versorgung mit mobilem Internet finden wir nicht nur auf dem Land, sondern auch in vielen Ecken unserer Städte.“

Bei der Digitalisierung des Unterrichts monierte Gribl, dass es „noch keine klare Linie gibt“: „Das digitale Klassenzimmer ist nicht nur technische Ausstattung. Technik hat eine dienende Funktion für Pädagogik.“ Die digitale Ausstattung müsse in ein pädagogisches Konzept eingebunden sein. Die kürzlich erlassene Richtlinie des Kultusministeriums lasse für die kommunale Ebene Fragen offen: „Wir müssen hier nacharbeiten, weil sonst Vertrauen verloren gehen kann.“ Darüber hinaus sei im Vollzug bei der Einführung des neunstufigen Gymnasiums Klärung nötig.

Beim zweiten Strang „Demografie und Wohnen“ verwies Gribl auf das Wachstum der Bevölkerungszahl in Bayern: „Entwicklung braucht Regeln. Wir müssen wissen, wie sich unter den Vorzeichen von Globalisierung, Digitalisierung, demografischem Wandel und Energiewende dieses über Jahrhunderte gewachsene Kulturland weiter entwickelt. Bayern steht heute so gut da, weil sich Landespolitik in den vergangenen Jahrzehnten gründliche Gedanken um die Entwicklung Bayerns gemacht hat und weil Landesentwicklung gezielt gesteuert worden ist. Bewährte Strukturen dürfen nicht über Bord geschmissen werden, sondern müssen sich weiterentwickeln. Die Prinzipien der Siedlungsentwicklung mit dem Anbindegebot und dem Prinzip ‚Innenentwicklung vor Außenentwicklung‘ helfen auch bei der Begleitung des demografischen Wandels, der Mobilität, der Energiewende und der digitalen Erschließung.“

Eine kompakte Siedlungsstruktur wird dem demografischen Wandel gerecht

Zersiedelte Strukturen bedeuten laut Gribl hohe Kosten für Bürger, wenn Leitungen in weite Flächen verlegt werden für Wasser, Abwasser, Strom und Breitband: „Je weiter die Leitungsstrecke ist, desto teurer für Gebührenzahler oder Steuerzahler, dies gilt auch für Unterhaltskosten.“ Eine kompakte Siedlungsstruktur wird dem demografischen Wandel und dem Klimawandel gerecht. Gribl: „Das Kernstück der Landesentwicklung sind die zentralen Orte mit ihrer Symbiose aus Leben und Arbeit, aus Handel und Handwerk. Diese Strukturen wollen wir weiter entwickeln.“

„Bund, Freistaat und Kommunen müssen ihre Kräfte bündeln, um Wohnungsnot zu lindern“, sagte Gribl. „Die Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen zur Mobilisierung von Flächen müssen erhöht werden. Den Städten gehen die Flächen aus: Für den Bau von Wohnungen, für Verkehrswege und Infrastruktur mit Schulen, Kitas und Geschäften zur Nahversorgung müssen Flächen mobilisiert werden. Für die Schaffung von mehr Wohnungen, für bezahlbare Wohnungen

müssen die Kommunen, kommunale Wohnungsunternehmen und soziale Wohnungsgesellschaften ausreichend finanzielle Mittel haben.“ Und: Kommunen brauchen mehr Flächen, etwa Konversionsflächen von ehemaligen Militäranlagen und Kasernen.

„Verkehr muss neu gedacht werden“, sagte Gribl zum dritten Strang, der Mobilität. Städte brauchen Verkehr als Lebensader, „allerdings führt zu viel Verkehr zur Thrombose: Individualverkehr und öffentlicher Nahverkehr müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander entwickelt werden – nicht konkurrierend, sondern komplementär.“ Radfahrer und Fußgänger brauchen Raum. Dichtere Takte bei der Bahn, engere Verknüpfungen mit Buslinien in Verkehrsverbänden und mit S-Bahn-Netzen sorgen für steigende Attraktivität, um vom Auto umzusteigen.

Der knappe öffentliche Raum müsse mit neuen digitalen Möglichkeiten in einem Mix unterschiedlicher Verkehrsmittel effizienter genutzt werden. Nötig ist ein dichterer Takt der Bahn, bei S-Bahn und U-Bahn sowie bei Buslinien. Verkehrsverbände müssen enger zusammenwachsen. Verknüpfungen zwischen Fern- und Nahverkehr sind weiter auszubauen. „Die Gemeindeverkehrsfinanzierung muss verbessert werden“, forderte Gribl: Der öffentliche Nahverkehr müsse mit Hilfe einer dauerhaften Fortführung der ÖPNV-Zuweisungen auf hohem Niveau gestärkt werden.

Die Geschichte der bayerischen Städte ist immer auch eine Geschichte von Zuwanderung und Integration gewesen, verdeutlichte Gribl den vierten Strang „Integration“. Die Industrialisierung hat den Städten einen Zulauf an Arbeitskräften gebracht. Nach 1945 sind Flüchtlinge und Vertriebene nach Bayern gekommen, in den 1960er Jahren Gastarbeiter, nach dem Mauerfall kamen Aussiedler, inzwischen kommen EU-Bürger und Flüchtlinge. Die Kommunen haben laut Gribl in den vergangenen Jahren bei der Unterbringung von Schutzsuchenden und bei der Bewältigung von Integrationsaufgaben „humanitäre, organisatorische und gesellschaftliche Kraft und Größe gezeigt“.

Die Geschäftsstelle des Bayerischen Städtetags hat eine neue Broschüre erarbeitet unter dem Titel „Integration braucht Strategie“. Die Broschüre erläutert Herausforderungen aus der kommunalen Praxis und führt Lösungsansätze zusammen. Gribl fasste den Tenor der Broschüre zusammen: „Integration ist eine schwere Daueraufgabe, aber Integration kann funktionieren, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und wenn es dafür eine Strategie gibt.“

„Integration findet vor Ort in unseren Städten und Gemeinden statt“, sagte Gribl: „Kommunen können Integration, aber sie müssen es sich auch leisten können. Integration ist keine alleinige Aufgabe der Kommunen. Bund und Länder müssen sich dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe stellen. In der Integration überlappen sich viele Politikfelder und Handlungsfelder. Hier verzahnen sich Städtebau, Bildungspolitik, Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sicherheit und Wirt-

schaftspolitik. Kommunen können nicht allein gegen Armut und Arbeitslosigkeit kämpfen und die Kommunen können nicht im Alleingang das Schulsystem reformieren – das alles ist eine gemeinschaftliche Aufgabe zusammen mit Bund und Freistaat.“

Gribl fasste die Forderungen des Bayerischen Städtetags zusammen: „Die Steuerungs- und Koordinierungsfunktion der Kommunen muss gestärkt werden. Die Kommunen müssen bei ihren Integrationsaufgaben finanziell stärker unterstützt werden. Es braucht einen finanziell hinterlegten Masterplan Integration.“ Und: Die Bundesmittel für Integration müssen bei den Kommunen aufwandsbezogen ankommen. Die Integration in Arbeit und Ausbildung muss dauerhaft unterstützt werden.

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de

Starke Städte – Starkes Land

BAYERISCHER STÄDTETAG 2018 in Coburg

Im Internet steht zum Herunterladen bereit:

<https://www.bay-staedtetag.de/jahrestagungen/2018/downloads/>

- **Positionspapier des Bayerischen Städtetags: Starke Städte - Starkes Land**
- **Faltblatt: Starke Städte - Starkes Land**
- **Broschüre: Integration braucht Strategie**

Weitere Informationen unter: www.bay-staedtetag.de: Jahrestagungen

Ministerpräsident Söder beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2018

Kommunen und Freistaat als Partner auf Augenhöhe

Ministerpräsident Dr. Markus Söder bedankte sich in seiner Rede bei der Vollversammlung des BAYERISCHEN STÄDTETAGS in Coburg für die gute Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden. Die Kommunen seien Basis der guten Entwicklung des Freistaats und Partner auf Augenhöhe. Dabei war es Söder wichtig, an einen respektvollen Umgang aller politischen Kräfte zu appellieren.

Bei der Digitalisierung steht Bayern laut Ministerpräsident Söder erst am Anfang. Die technische Entwicklung schreite schneller voran, als sie vom Staat administriert werden könne. Dadurch werde sich das gesamte gesellschaftliche Leben ändern. Infrastruktur, Breitband und Mobilfunk, seien Grundlagen der rasanten Entwicklung. Der Ausbau müsse gemeinsam bewältigt werden. Digitale Klassenzimmer sollen sich nicht allein in Schulen mit bürgerlichem Milieu, sondern besonders in Brennpunktschulen wiederfinden.

Über den Wohnungsbau wird laut Söder mehr geredet, als bislang passiert sei. Fläche, Geld und Zeitdauer sowie öffentliche Vorschriften – das seien die maßgeblichen Themenfelder: Es bedürfe mehr Geld, mehr Fläche und kürzere Vorschriften. Den Kommunen müssen bei der Baulandmobilisierung mehr Möglichkeiten eingeräumt werden. Eine intelligente Flächennutzung soll zur Bedarfsdeckung beitragen.

Eine stabile Wohnraumversorgung erfolge mit einem Mix aus Eigentumsbildung und Mietwohnungen. Der Freistaat will mehr Geld für die Förderung bereitstellen. Beim Bayerischen Wohnungsgipfel sollen die gemeinsamen Anstrengungen besiegelt werden.

Ministerpräsident Söder äußerte Respekt, das Wachstum in den Ballungsräumen zu managen, zeigte sich aber gleichzeitig beeindruckt vom unermüdeten Engagement der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in strukturschwachen

Räumen, die dort für die Vitalität in den Städten und Gemeinden kämpfen. Während S-Bahn-Fahren in den Ballungsräumen ein gesellschaftliches Ereignis auf engstem Raum sei, fänden sich in den strukturschwachen Kommunen zu geringe Nutzerzahlen, um die Infrastruktur auszulasten.

Die Staatsregierung möchte insbesondere mit Investitionen von über 100 Millionen Euro pro Jahr für den öffentlichen Personennahverkehr mit der Unterstützung von Verkehrsverbänden und landkreisübergreifenden Buslinien im Verkehrsbereich ein Zeichen setzen.

Als weitere besondere Herausforderung stellte der Ministerpräsident die Integration neu hinzukommender Menschen dar. Hier fänden sich kaum vermittelnde Positionen in der Gesellschaft.

Die stabile Finanzausstattung der Städte und Gemeinden ist laut Söder essentiell, um gestalten zu können. Die Stabilisierungshilfen leisten in einigen Kommunen einen wichtigen Beitrag einer stabilen Finanzausstattung und würden als Erfolgsmodell fortgeführt. Zum Abschluss beschwor der Ministerpräsident den respektvollen Umgang miteinander.

Diesen vom Ministerpräsidenten propagierten respektvollen Umgang versteht der Bayerische Städtetag als Forderung und Versprechen an die kommunalen Spitzenverbände. Der Städtetag bezieht dies besonders auf Gesetzesvorhaben und Maßnahmen, die das kommunale Wirken und Miteinander betreffen und regeln, nicht zuletzt bei den aktuellen Diskussionen um die Unterbringung von anerkannten Flüchtlingen, die fälschlicherweise als Fehlbeleger bezeichnet werden, oder um die Digitalisierung der Klassenzimmer.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

Podiumsdiskussion beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2018 (1)

Ziele und Lösungen für Wohnen und bessere Mobilität

Im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2018 in Coburg standen Wohnen und Mobilität. Die Diskutanten waren sich einig, dass in den Wohnungsbau investiert werden muss, um den Zuzugsdruck in Ballungsräume zu lindern. Gefordert sind Initiativen für bessere, umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität. Bei Mobilität soll auf gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sowie solide Infrastrukturinvestitionen geachtet werden.

Bei der Podiumsdiskussion unter Moderation von Stephanie Heinzeller vom Bayerischen Rundfunk verwies CSU-Generalsekretär Markus Blume auf den „starken Aufschlag“ der Staatsregierung für den Wohnungsbau mit im Nachtragshaushalt 2018 beschlossenen 885 Millionen Euro sowie dem Ziel des Freistaats, in Bayern 500.000 neue Wohnungen bis 2025 zu schaffen. Aus dem Paket für den Wohnungsbau hob Blume die Maßnahmen zur Baulandmobilisierung und zum Baukindergeld hervor. Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der „Heimatstrategie“, die Städtebauförderung „Innen statt Außen“ sowie die neue Entsigelungsprämie leisten aus seiner Sicht einen Beitrag zur Wohnraumförderung.

Landesvorsitzende Natascha Kohnen hob hervor, dass es der SPD um bezahlbares Wohnen geht. Sie monierte, dass Bayern im gleichen Zeitraum, in dem der Freistaat seine Mittel für den Wohnungsbau halbierte, der Bund seine Mittel verdreifacht hatte. Insofern werde jetzt nur nachgeholt, was seinerzeit versäumt worden sei. Ein besonderer Dorn im Auge ist der SPD der Verkauf der 33.000 GBW-Wohnungen im Jahr 2012. Diese Wohnungen hätten der „Grundstock“ für eine staatliche Wohnungsbauförderung sein können. Kohnen erinnerte an den „Flaschenhals“ bei den für den Wohnungsbau notwendigen Flächen. Sie fordert, die Genossenschaften als „eigene Säule“ in die staatliche Wohnraumförderung mit einzubeziehen. Laut Ludwig Hartmann, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im

Landtag, muss man vor allem verhindern, dass Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden und dadurch die „Preisspirale“ nach oben geht. Der Freistaat müsse den Mietwohnungsbau voranbringen und das Auslaufen der Sozialbindung von öffentlich gefördertem Wohnraum beenden. In Bayern habe es vor 30 Jahren rund 350.000 mehr an Sozialwohnungen gegeben als heute. Öffentlich geförderter Wohnbau mit Sozialbindung müsse möglichst in dieser Kategorie bleiben. Der Spitzenkandidat der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, forderte, mehr günstigen Wohnraum für den ländlichen Raum zu schaffen, um so den Zuzugsdruck von den Ballungsräumen wegzunehmen.

Zur Sicherung der Mobilität erinnerte Markus Blume an die Infrastrukturinvestitionen in Bayern, wie für die zweite Stammstrecke der S-Bahn in München oder für die Mobilitätsdrehscheibe in Augsburg. Dies seien Projekte, deren Verkehrsbedeutung weit ins Umland hineinreiche. Hinzu kommen Förderprogramme der Staatsregierung, etwa zur Luftreinhaltung und zur ÖPNV-Förderung. Kohnen plädierte dafür, die Kommunen mit Blick auf die Planungssicherheit bei der Infrastrukturförderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz nicht alleine zu lassen. Die SPD fordert den „Einstieg“ in einen kostenfreien ÖPNV. Hartmann sieht in der Organisation des ÖPNV ein Beispiel für Chancengerechtigkeit. Um dieses Ziel zu erreichen, plädieren die Grünen für eine bayernweite Mobilitätsgarantie von 5.00 Uhr bis Mitternacht an jedem Werktag.

Ein Hauptproblem des ÖPNV im ländlichen Raum ist aus Sicht von Hubert Aiwanger, dass dort zu wenig Angebote bestehen. Wichtig sei eine Taktverdichtung des Busverkehrs. Insgesamt müsse man „mehr Geld ins System geben“. Die zusätzlichen Mittel für den ÖPNV müssten in den ländlichen Raum fließen, man dürfe sie nicht „asymmetrisch in die Metropolen schieben“.

Kontakt: thomas.kostenbader@bay-staedtetag.de

Podiumsdiskussion beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2018 (2)

Von Integration bis zur Digitalisierung des Klassenzimmers

Nach Meinung von CSU-Generalsekretär Markus Blume hat der Freistaat Bayern die Kommunen bislang bei Asyl und Integration in bester Art und Weise unterstützt. Er verwies auf staatliche Ausgaben von 4,7 Milliarden Euro; damit komme auch die Humanität zum Tragen. Die Verfahren müssten effizienter gestaltet werden. SPD-Landesvorsitzende Natascha Kohnen bekräftigte die Forderung des Bayerischen Städtetags, dass die Mittel des Bundes in voller Höhe bei den Kommunen ankommen müssen. Blume nahm Bezug auf die Aussage des Ministerpräsidenten, der die Kommunen nicht im Regen stehen lassen wolle. Deshalb gehe er davon aus, dass Bundesmittel für Integration bei den Kommunen ankommen.

Ludwig Hartmann, Vorsitzender der Landtagsfraktion Bündnis90/Die Grünen, sprach den Kommunen seinen Dank für die erbrachten Integrationsleistungen aus und widersprach der Auffassung, dass man die Ordnung im Land wieder herstellen müsse. Diese bestehe bereits. Gearbeitet werden sollte daran, dass Geflüchtete einen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Blume gab zu bedenken, dass hierzulande noch immer Zehntausende auf einen Zugang zum Arbeitsmarkt warten. Beim Thema Asyl müsse deutlich gemacht werden, dass der Rechtsstaat durchgesetzt wird.

Laut Hubert Aiwanger, Vorsitzender der Freien Wähler, müssen Geflüchtete sinnvoll beschäftigt werden. Man müsse sich an der Geschichte des Jugoslawienkriegs orientieren, wo 80 Prozent der Geflüchteten nach Ende des Bürgerkriegs wieder zurückgekehrt seien. Aiwanger sieht Handlungsbedarf, Verfahren zu optimieren, etwa die verschiedenen Fingerabdrucksysteme in Bund und Ländern kompatibel zu machen. Er mahnt einen Gewichtungsfaktor für Flüchtlingskinder in Kitas und damit eine höhere finanzielle Unterstützung des Freistaats an, damit Erzieherinnen bei der Integration nicht überfordert werden.

Zur Digitalisierung konstatierte Blume, dass es zu wenig ist, nur die Klassenzimmer digital auszustatten. Auch die Didaktik muss Schritt halten. Mit dem aktuellen Förderprogramm zur Ausstattung von 50.000 Klassenzimmern ist für Blume ein wichtiges Zeichen gesetzt worden. Angesichts einer heterogenen Landschaft an den Schulen bezeichnet Blume eine digitale Grundausstattung als wichtig. Laut Kohnen lässt sich die Digitalisierung nicht aufhalten. Die Antwort der Staatsregierung auf eine SPD-Landtagsanfrage habe gezeigt, dass 75 Prozent der Schüler eine viel zu geringe Geschwindigkeitsanbindung an das Internet haben. Wartung und Betreuung stellen eine Herausforderung dar und machen eigenes IT-Personal erforderlich. Auch über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Inhalte der Lehrpläne und den Unterricht muss gesprochen werden. Kohnen empfahl einen Blick in die Niederlande oder nach Lettland.

Aiwanger war verwundert, dass Politik so lange zu erkennen brauche, worauf es bei der Digitalisierung ankommt, nämlich eine flächendeckende Glasfaseranbindung mit Megabit-Standard und schnelle Funkanbindungen im 5 G-Standard. Beim Einsatz und den Möglichkeiten der Digitalisierung fordert Aiwanger, der Phantasie freien Lauf zu lassen. Denkbar wären neue Unterrichtsmodelle bis zur Auflösung von Klassenverbänden. Aiwanger bekräftigte, dass es sich bei der Digitalisierung der Schulen um eine neue Herausforderung handelt, für die die alten Finanzierungsstrukturen von Kreide und Schiefertafel nicht ausreichen. Laut Hartmann kostet ein flächendeckender Glasfaseranschluss für ganz Bayern die öffentlichen Hände ca. 10 Milliarden Euro. Er wünscht sich deshalb mehr Betreibermodelle, bei denen das Netz in öffentlicher Hand bleibt, anstatt nach einigen Jahren in die Hände von Telekommunikationsunternehmen überzugehen.

Kontakt: manfred.riederle@bay-staedtetag.de

Bayerischer Städtetag formuliert Eckpunkte

Neue Broschüre: Integration braucht Strategie

Die frühe und nachhaltige Integration von Menschen, die auf Zeit oder auf Dauer in unseren Städten und Gemeinden leben, ist eine große gesellschaftliche Herausforderung. Trotz zum Teil unbefriedigender Rahmenbedingungen haben gerade die Kommunen unter Bereitstellung von zusätzlichen Ressourcen mit hohem Engagement und großer Kreativität nicht zuletzt ihrer Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren hierzu viel geleistet.

Integration ist nicht nur eine kommunale Gestaltungsaufgabe: Wenn die Integration vor Ort gelingen soll, dann ist eine staatliche Rahmgebung notwendig, die ein abgestimmtes und zielorientiertes Handeln auf allen Ebenen ermöglicht und unterstützt.

Aus den aktuellen Erfahrungen seiner Mitglieder heraus liefert der Bayerische Städtetag mit der neuen Broschüre „Integration braucht Strategie – Eckpunktepapier für eine kohärente Integrationspolitik“ fachliche Impulse zur Integrationsdebatte. Darüber hinaus formuliert der Städtetag aus den vielfältigen kommunalen Praxiserfahrungen Forderungen und Erwartungen an den Freistaat.

Die Städte und Gemeinden in Bayern erwarten, dass der Freistaat Bayern unter Berücksichtigung der Eckpunkte eine kohärente Integrationspolitik verfolgt und sich auch dem Bund gegenüber entsprechend einbringt.

Ziel aller Bemühungen muss eine integrierte Handlungsstrategie des Freistaates sein, die die großen Gestaltungsmöglichkeiten in den Städten und Gemeinden nutzt und ihnen die notwendigen Rahmenbedingungen, Instrumente und Ressourcen für eine Umsetzung bereitstellt. Dabei muss Integration alle Bereiche, wie sprachliche Integration, Bildung, berufliche Integration, Kultur, Sport, Freizeit und Religion sowie Woh-

nen und Stadtteil mit einbeziehen. Bei diesem Querschnittsthema sind viele Politikfelder betroffen.

Die Mitgliedstädte und Mitgliedgemeinden des Bayerischen Städtetages bekennen sich weiterhin zu ihrer Verantwortung für die Integration zugewanderter Menschen. Sie lassen sich dabei von der Erkenntnis leiten, dass sowohl gelingende wie verfehlte Integration entscheidende Bedeutung für das Schicksal des Einzelnen und für das Zusammenleben in der Stadtgesellschaft hat.

Die Broschüre „Integration braucht Strategie“ benennt die Herausforderungen und führt Lösungsansätze zusammen. Integration kann nur mit den Kommunen gelingen. Daher muss die kommunale Steuerungs- und Koordinierungsfunktion gestärkt werden. Ebenso soll nach Auffassung des Bayerischen Städtetags ein finanziell hinterlegter Masterplan Integration unter Beteiligung aller relevanten Akteure erarbeitet werden.

Integration ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe. Sie kann funktionieren, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und wenn es eine Strategie gibt.

Die Broschüre „Integration braucht Strategie – Eckpunktepapier für eine kohärente Integrationspolitik“ steht zum Herunterladen auf der Homepage des Bayerischen Städtetags bereit: https://www.bay-staedtetag.de/fileadmin/Downloads/Jahrestagungen/2018/Broschuere_Integration_braucht_Strategie.pdf

Kontakt: inka.papperger@bay-staedtetag.de

Gewerbesteuer und Steuerbeteiligungsbeträge

Solide Entwicklung bei den Steuereinnahmen

Auch wenn die Ergebnisse der Kassenstatistik für das zweite Jahresquartal noch nicht vorliegen, zeichnet sich auch im ersten Halbjahr 2018 eine solide Entwicklung bei den kommunalen Steuereinnahmen ab. Dies ergab eine Umfrage des Bayerischen Städtetags bei den kreisfreien Städten und die bereits vorliegenden Steuerbeteiligungsbeträge für alle Städte und Gemeinden Bayerns.

Das Brutto-Gewerbesteueraufkommen (ohne Abzug der Gewerbesteuerumlage) bei den kreisfreien Städten im 2. Quartal 2018 betrug knapp 1,3 Mrd. Euro und liegt damit 18,3 Prozent über dem Aufkommen des Vorjahres. Dieser Aufwuchs trägt dazu bei, dass das Bruttoaufkommen der Gewerbesteuer im ersten Halbjahr 2018 von rund 2,39 Mrd. Euro um rund 12 Prozent über dem Vorjahreswert liegt. Der Zuwachs fand bei der überwiegenden Zahl der kreisfreien Städte statt. Bei einigen Städten kam es zu deutlichen Rückgängen. Im Jahr 2017 mussten die kreisfreien Städte bei der Gewerbesteuer insgesamt einen leichten Rückgang um - 0,3 Prozent hinnehmen. Die Gewerbesteuereinnahmen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden wurden noch nicht bekannt gegeben.

Bei den gemeindlichen Steuerbeteiligungsbeträgen ist weiter ein solider Anstieg festzustellen. Im zweiten Jahresquartal 2018 stiegen die kommunalen Beteiligungsbeträge um rund 5 Prozent auf 2,45 Mrd. Euro. Für das erste Halbjahr ergibt sich bei einem Gesamtaufkommen von etwa 5 Mrd. Euro ein Plus von 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Dabei entfällt der überwiegende Anteil auf die gemeindliche Einkommensteuerbeteiligung. Der Einkommensteueranteil der bayerischen Gemeinden verzeichnete im ersten Halbjahr einen Aufwuchs um 3,5 Prozent auf 4,12 Mrd. Euro. Bei der Umsatzsteuerbeteiligung gab es einen sprunghaften Anstieg um knapp 30 Prozent auf 0,63 Mrd. Euro. Dies beruht auf einer Erhöhung der Bundesmittel zur Entlastung der Kommunen um 5 Milliarden

Euro pro Jahr ab 2018. Davon werden 2018 etwa 2,76 Milliarden Euro über den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer an die kommunale Ebene transferiert. Davon entfallen 467,6 Millionen Euro auf die bayerischen Städte und Gemeinden. Die solide Entwicklung auf der Steuereinnahmeseite darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Zuwachs auf der Ausgabenseite für Personal und Bauinvestitionen ebenfalls stetig zunimmt.

Kontakt: johann.kronauer@bay-staedtetag.de

Informationsbrief elektronisch

Sie können den Informationsbrief auch als pdf elektronisch beziehen: Unter www.bay-staedtetag.de gehen Sie unter Presse und Veröffentlichungen auf „Informationsbriefe“, klicken „Elektronisches Abo“ an und fügen Ihre E-mail-Adresse ein.



Informationsbrief als App

Den Informationsbrief des Bayerischen Städtetags gibt es auch als App für Mobilgeräte. Die App steht zum kostenlosen Download im Apple Appstore und im Google Playstore zur Verfügung:

https://appsto.re/de/n6E_6.i

<https://play.google.com/store/apps/details?id=de.silkcodeapps.infobrief>

Bayerisches Besoldungsgesetz

Mehrarbeitsvergütung für Bürobeamte

Seit Jahren hat sich der Bayerische Städtetag dafür eingesetzt, die engen Voraussetzungen zur Zahlung von Mehrarbeitsvergütungen im Bayerischen Besoldungsgesetz zu erweitern. Denn die geregelten Ausnahmen „Messbarkeit“ und „Sondereinsätze“ reichen bei Weitem nicht mehr aus, um der Lebenswirklichkeit in der täglichen kommunalen Praxis gerecht zu werden.

Nun konnte nach vorgeschalteten Gesprächsinitiativen und Gremienbehandlungen zusammen mit den bayerischen kommunalen Spitzenverbänden beim Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat in Abstimmung mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern und für Integration eine praxisnahe Auslegung des Art. 61 Abs. 2 Satz 2 BayBesG (Sondereinsätze) erörtert werden. Vom Finanzministerium wurden dabei von den Kommunen vorgetragene, konkrete Praxisfälle festgelegt, in denen Mehrarbeit auch für Bürobeamte ausnahmsweise vergütet werden kann.

Mehrarbeit bei Bürobeamten kann nur in Freizeit ausgeglichen werden, es sei denn es liegt ein Sondereinsatz vor. Künftig können in Ausnahmefällen neben den ohnehin unter Sondereinsätzen fallenden Notständen, wie etwa Bewältigung der Flüchtlingssituation, Bombenentschärfung, Pandemie und Amoklauf auch bestimmte weitere Fallkonstellationen unter Sondereinsätzen subsumiert werden.

Voraussetzung ist dabei immer, dass zwingende dienstliche Verhältnisse, insbesondere die Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes im Einzelfall schriftlich angeordnete Mehrarbeit erforderlich machen. Außerdem ist Mehrarbeit immer getrennt von der Gleitzeit zu erfassen.

Vergütungsfähige Mehrarbeit kann daher vorliegen, wenn zeitlich definierte, wie durch gesetzliche Fristen begrenzte, besondere Arbeitshoch-

phasen in besonderen Fällen vorliegen. Auch die Organisation nur einmal jährlich wiederkehrender, bedeutender Veranstaltungen, um den reibungslosen Ablauf insbesondere aus sicherheitsrechtlicher Sicht zu gewährleisten und die Abwicklung herausgehobener Projekte, in denen Expertenwissen erforderlich ist, etwa im IT-Bereich, kann unter Sondereinsatz fallen. Dagegen ist Mehrarbeit durch Vertretungsfälle, etwa wegen Krankheit, Kindererziehungszeiten oder Fluktuation, und für die Durchführung von laufenden Arbeiten nicht vergütungsfähig.

Ein Rundschreiben, das die Fälle und deren Voraussetzungen aufzeigt, ist von den kommunalen Spitzenverbänden versandt worden. Damit wird den Städten und Gemeinden die Identifizierung von Sachverhalten, in denen die angeordnete und getrennt erfasste Mehrarbeit von Beamten im Verwaltungsbereich vergütet werden kann, erleichtert und eine Rechtsunsicherheit beseitigt.

Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband war in die Entstehung des Rundschreibens eingebunden und wird seine Prüfungstätigkeit künftig an den vom Finanzministerium getragenen Auslegungsgrundsätzen ausrichten.

Kontakt: andrea.gehler@bay-staedtetag.de

Konferenz zur Förderung des Wohnungsbaus

Gemeinsam für mehr bezahlbaren Wohnraum

Am 10. Juli 2018 informierten der Bayerische Städtetag, der Bayerische Gemeindetag und der Verband bayerischer Wohnungsunternehmen über 150 Besucher im Veranstaltungsforum Fürstenfeld in Fürstenfeldbruck zum Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP).

Die 2016 neu eingeführte zweite Säule des bayerischen Wohnungspakts, wird nach anfänglichen Startschwierigkeiten von einigen Städten und Gemeinden gut angenommen und wurde erst kürzlich über das Jahr 2019 hinaus bis 2025 verlängert. Das KommWFP hat die Neugründung einiger Wohnungsgesellschaften bewirkt. In der Praxis haben sich verschiedene Gestaltungen entwickelt, die es den Städten und Gemeinden erleichtern sollen, alleine oder gemeinsam mit ihren Gesellschaften oder benachbarten Kommunen Wohnungsbau zu betreiben.

Hans Meier, Verbandsdirektor des vdw Bayern, Roman Dienersberger, Leitender Baudirektor im Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, sowie Dr. Julia Betz, Rechtsanwältin beim vdw Bayern informierten über Förder Voraussetzungen, Gestaltungsvarianten und rechtliche Grundlagen des Vergabe- und Beihilfenrechts. Andreas F. Heipp, Geschäftsführer der Wohnungsgesellschaft der Stadt Neu-Ulm (NUWOG), Gernot Küchler, Geschäftsführer der GEWOBAU Erlangen, Erste Bürgermeisterin Christine Borst, Krailling, und Brigitte Keller, Vorstand der Wohnungsbaugesellschaft Ebersberg, stellten Gestaltungsvarianten in der Praxis vor.

Der interkommunale Ansatz verband die vorgestellten Praxisbeispiele. In Erlangen gründeten acht Umlandgemeinden der Stadt Erlangen zusammen mit der GEWOBAU Erlangen die GEWOLand GmbH. Know-how ist bei der Erlangerer Wohnungsbaugesellschaft vorhanden, das nun auch für die mitwirkenden Gemeinden fruchtbar gemacht werden kann.

Im Landkreis Starnberg wurde bereits im Jahr 1950 ein Zweckverband Wohnen, damals von den 17 kreisangehörigen Gemeinden und dem Landkreis gegründet. Inzwischen hält der Zweckverband die Hand über 2300 Wohneinheiten und baut diesen Bestand stetig aus.

Im Landkreis Ebersberg hat ein Bündnis aus drei Städten und dem Landkreis Ebersberg im Jahr 2016 ein gemeinsames Kommunalunternehmen gegründet, das bereits gut Fahrt aufgenommen hat und um die Mitwirkung weiterer Gemeinden im Landkreis wirbt.

Die Kraillingener Bürgermeisterin Christine Borst formulierte zum Abschluss einige Forderungen an die Bundes- und Landespolitik. Allen voran standen die Schwierigkeiten der Städte und Gemeinden bei der Baulandmobilisierung. Eine Stärkung der Vorkaufsrechte der Kommunen, eine günstige Abgabe von Bundes- und Landesliegenschaften an Kommunen und eine dichtere Bebauung seien dafür unverzichtbar.

Darüber hinaus thematisierte Bürgermeisterin Borst Akzeptanzprobleme in der bereits am Ort wohnenden Bevölkerung gegenüber Neubauvorhaben. Hier bedürfe es einer Sensibilisierung der Bevölkerung und einer besseren Öffentlichkeitsarbeit zugunsten des geförderten Wohnungsbaus.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

Städtetag Baden-Württemberg und Bayerischer Städtetag

Gemeinsame Sitzung der Vorstände in Neu-Ulm

Mit dem Ziel der Bündelung gemeinsamer Forderungen und zum länderübergreifenden Erfahrungsaustausch zwischen Bayerischem Städtetag und Städtetag Baden-Württemberg fand am 25. Juni 2018 eine gemeinsame Sitzung der Vorstände in Ulm und Neu-Ulm statt.

Im Rahmen der Sitzung beschäftigten sich die Vorstände beider Städtetage mit E-Government und Smart-City. Die Vorstände sehen Digitale Transformation als Herausforderung, die nicht allein unter dem Stichwort eGovernment und Breitbandausbau betrachtet werden dürfe. Es gehe um die Auswirkungen neuer technischer Möglichkeiten auf die Gesellschaft, auf den Umgang mit Daten oder Medien. Die Digitalisierung sei als materielles Gestaltungselement der Stadtentwicklung zu begreifen. Die Wahrnehmung der Chancen der Digitalisierung erfordert den Einsatz von Personal und Geld. Dabei müssen die Städte unterstützt werden.

Der Bayerische Städtetag und der Städtetag Baden-Württemberg fordern den Bund über den Deutschen Städtetag auf, Fördermittel für die Schuldigitalisierung auf Basis der Koalitionsvereinbarung umgehend zur Verfügung zu stellen. Die Digitalisierung der Schulen erfordert Ausgaben in Milliardenhöhe für Erstinvestitionen, Ersatzinvestitionen und den laufenden Schulbetrieb. Diese Herausforderung lässt sich nur gemeinschaftlich durch Bund, Länder und Kommunen meistern. Bund und Länder müssen dauerhaft die Investitions- und Betriebskosten (technischer Support) für die Schuldigitalisierung anteilig mitfinanzieren. Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der digitalen Schule ist für beide Vorstände, dass die Länder ein einheitliches (medien-)pädagogisches Gesamtkonzept vorlegen und darin die Rahmenbedingungen nebst technischen Standards und pädagogischen Szenarien für die digitale Schule vorgeben.

Die Vorstände sprechen sich dafür aus, dass bei den erhöhten Gewerbesteuerumlagen an der

aktuellen Rechtslage im Gemeindefinanzreformgesetz festgehalten wird und die Umlagebelastungen für die Kommunen ab 2020 wegfallen. Bayern und Baden-Württemberg werden aufgefordert, auf Bundesebene Initiativen entgegen zu treten, die auf eine Fortführung der Solidarpaktumlage (derzeit 29 Prozentpunkte) über das Jahr 2019 hinaus gerichtet sind. Die Vorstände fordern eine zügige Reform der Grundsteuer, damit das Grundsteueraufkommen der Städte und Gemeinden gesichert ist. Bund und Länder müssen sich auf ein praktikables und rechtssicheres Reformmodell einigen. Die Bemessungsgrundlage für Grund und Boden sollte sich am Wert der Grundstücke orientieren.

Die Städtetage fordern die beiden Landesregierungen auf, unter Beteiligung aller Akteure einen „Masterplan Integration“ zu erarbeiten, der ausreichend finanziell hinterlegt ist. Dieser soll sämtliche Formen von Zuwanderung, einschließlich Flucht und Asyl, umfassen und in einem kohärenten Gesamtplan alle für die Integration zugewanderter Menschen relevanten Handlungsfelder berücksichtigen. Beide Verbände erwarten, dass Baden-Württemberg und Bayern die von den Koalitionspartnern im Bund vereinbarten Mittel zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei den Kosten der Integration aufgabenbezogen an die Kommunen weiterleiten. Die Entlastung muss auch für nicht dauerhaft bleibeberechtigte Personengruppen wirken. Die Kommunen erwarten, dass die Länder eine Verstetigung der Leistungen auch über 2021 hinaus zusichern.

Bei Bodenpolitik und Wohnraumversorgung erwarten die Vorstände von der Bundesregierung die Schaffung eines generellen Vorkaufsrechtes für Grundstücke auf eigenem Hoheitsgebiet. Darüber hinaus müssen die Instrumente des Baugesetzbuches verbessert werden, um die Baulandmobilisierung zu erleichtern und eine nachhaltige Innenentwicklung zu realisieren.

Kontakt: markus.seemueller@bay-staedtetag.de

Jahrestagung des Handelsverbands

Der Handel muss die Kunden abholen

Im Juli 2018 lud der Handelsverband Bayern (HBE) zur 72. Jahrestagung nach Nürnberg. Bestimmendes Thema der Jahrestagung war die Attraktivität und Vitalität der Innenstädte. Präsident Ernst Läger verwies einerseits auf die wichtige Rolle der Einzelhändler, die in Bayern über 400.000 Menschen beschäftigen und dabei Umsätze von über achtzig Milliarden Euro generieren, blickte aber mit Sorge auf Frequenzrückgänge in den bayerischen Innenstädten von durchschnittlich sieben bis neun Prozent.

Präsident Läger rief alle Akteure der Stadtgesellschaft zum Miteinander auf, um die Attraktivität der Stadtkerne hoch zu halten – zum Wohle der Einzelhändler, aber auch zum Wohle der Städte.

Die innerstädtischen Einzelhändler stehen vor zunehmender Konkurrenz, sei es durch den teils stark zunehmenden Onlinehandel oder durch großflächige Discounter und Fachmarktzentren in den Stadtrandlagen. Der Handel muss laut Läger seine Kunden abholen, egal ob analog oder digital, muss für ein Einkaufserlebnis und für Emotionen sorgen und geschickt seine Stärken ausspielen. Der Mensch müsse in den Mittelpunkt aller Planungen gestellt werden. Dieses Credo, das für die Stadtplanung laut dem dänischen Stadtplaner Jan Gehl essentiell sei, gelte auch für den Handel.

Allerdings nahm der Hauptgeschäftsführer des HBE Bayern, Wolfgang Puff, auch den Freistaat und die Städte in die Pflicht. Lockerungen in der Landesplanung, beim Anbindegebot oder bei den Einzelhandelszielen, beförderten Fachmarktzentren auf der grünen Wiese und sorgten für – zumindest bei der automobilen Gesellschaft – eine für die Vitalität der Innenstädte unheilvolle Konkurrenz.

Auch der Rückbau von Parkplätzen in stadtnahen Bereichen befördere die Beliebtheit der verkehrsgünstig gelegenen Angebote. Puff macht aber auch auf einige sehr gewinnbringende Unterstützungsangebote der Städte aufmerksam, etwa die Erschließung von städtischen Nebenlagen durch das Angebot von Stadtpaziergängen oder die Einbindung des Handels in kommunale Digitalisierungsstrategien.

Der HBE forderte die Podiumsvertreter der Landtagsfraktionen Hubert Aiwanger (Freie Wähler), Horst Arnold (SPD), Ludwig Hartmann (Grüne) und Erwin Huber (CSU) auf, nochmals die abwehrende Haltung zu Einkaufssonntagen zu überdenken. Zumindest vier Sonntage sollten in jeder Stadt oder Gemeinde anlasslos für den Handel geöffnet werden. Die Umsätze seien gerade an diesen Tagen besonders hoch. Hier werde Einkaufen zum Event.

Darüber hinaus wünscht sich der Handel einen stärkeren Einfluss auf die Stadtgestaltung, indem die stimmberechtigte Mitgliedschaft eines Handelsvertreters in jeder Jurysitzung eines städtebaulichen Wettbewerbs zur Selbstverständlichkeit werde.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

Persönliche Nachrichten

Geburtstage

Im Juli 2018 feiern

den 75. Geburtstag:
Bürgermeister **Peter Heizer**, Planegg,

den 70. Geburtstag:
Bürgermeister **Anton Leger**, Senden, Stadträtin
Bürgermeisterin a. D. **Gisela Niclas**, Erlangen,
Mitglied im Sozialausschuss des Bayerischen
Städtetags, Bürgermeister **Alfred Zellner**, Zwi-
sel,

den 65. Geburtstag:
Erster Bürgermeister **Klaus Habermann**,
Aichach, Mitglied im Ausschuss der kreisan-
gehörigen Verbandsmitglieder des Bayerischen
Städtetags, Bürgermeister **Michael Rieger**,
Dingolfing, Erster Bürgermeister **Frederik
Röder**, Alling, Bürgermeister **Helmut Schuhma-
cher**, Alzenau,

den 60. Geburtstag:
Erster Bürgermeister **Paul Gruschka**, Bad
Wörishofen, Bürgermeister **Helmuth Holzheu**,
Wolfratshausen, Erster Bürgermeister **Peter
Lehr**, Eschenbach i. d. Opf., Bürgermeisterin
Rita Rösch, Bad Neustadt a. d. Saale,

den 50. Geburtstag:
Berufsm. Stadtrat **Dr. Michael Fraas**, Nürnberg,
Mitglied im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss
des Bayerischen Städtetags, Bürgermeister
Thomas Nowak, Coburg, Mitglied im Schulaus-
schuss des Bayerischen Städtetags, Erster Bür-
germeister **Bernd Sommer**, Waldsassen, Mit-
glied im Ausschuss der kreisangehörigen
Verbandsmitglieder, Gesundheitsausschuss und
Schulausschuss des Bayerischen Städtetags.

Im August 2018 feiern

den 70. Geburtstag:
Bürgermeister **Dr. Roland Oeser**, Schwabach,

den 65. Geburtstag:
Alt-Oberbürgermeister **Dr. Siegfried Balleis**, Er-
langen, Bürgermeisterin **Dorothea Schmid**, Selb,
Oberbürgermeister **Norbert Tessmer**, Coburg,
Mitglied im Kulturausschuss und Sozialausschuss
des Bayerischen Städtetags,

den 60. Geburtstag:
Stadträtin **Sonja Bauer**, Nürnberg, Mitglied im
Gesundheitsausschuss des Bayerischen Städte-
tags, Erster Bürgermeister **Toni Dutz**, Wiesau,
Bezirksvorsitzender im Regierungsbezirk Ober-
pfalz, Mitglied im Ausschuss der kreisangehörigen
Verbandsmitglieder und im Umweltausschuss des
Bayerischen Städtetags, Bürgermeister
Johannes Ertl, Oberhaching.

Bodenschutztage

Vom 10. bis 12. Oktober 2018 finden die 10.
Marktrechwitzer Bodenschutztage statt unter dem
Motto „Bodenschutz und Landwirtschaft“. Auf den
Bodenschutztagen sollen Lösungsansätze aufge-
zeigt werden, wie man landwirtschaftliche Böden
für die Zukunft erhalten kann. Einführend werden
die rechtlichen Vorgaben zu Bodenschutz und
Landwirtschaft angesprochen. Im Mittelpunkt ste-
hen die Bodenerosion und die Verwertung von
Bodenmaterial auf landwirtschaftlichen Flächen.
Das Programm und Anmeldeunterlagen sind er-
hältlich im Internet unter: www.marktrechwitz.de,
E-Mail: bodenschutztage@marktrechwitz.de.

Termine

- 20.09.2018 **Bezirksversammlung Schwaben** in Füssen
- 25.09.2018 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in München
- 28.09.2018 **Schulausschuss** in München
- 09.10.2018 **Bezirksversammlung Mittelfranken** in Hersbruck
- 09.10.2018 **Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in München
- 10.10.2018 **Erfahrungsaustausch der Geschäfts- und Hauptamtsleiter/-innen der Großen Kreisstädte** in München
- 16.10.2018 **Bezirksversammlung Oberbayern** in Traunstein
- 18.10.2018 Arbeitskreis **Finanzen** in München
- 18./19.10.2018 **Sportausschuss** in Hof
- 19.10.2018 **Finanzausschuss** in München
- 19.10.2018 Arbeitskreis **Organisation**
- 22.10.2018 **Bezirksversammlung Unterfranken** in Miltenberg
- 22.10.2018 Arbeitskreis **Planen und Bauen** in München
- 23.10.2018 **Bau- und Planungsausschuss** in München
- 24.10.2018 **Gesundheitsausschuss** in Weiden
- 24.10.2018 Arbeitskreis **Gutachterausschüsse** in Ingolstadt
- 26.10.2018 Arbeitskreis **Personal** in Hof
- 26.10.2018 **Sozialausschuss** in München
- 31.10.2018 **Forstausschuss** in München
- 06.11.2018 **Vorstand** in München
- 07.11.2018 **Kämmerertagung Schwaben** in Nördlingen
- 08.11.2018 **Kämmerertagung Mittelfranken** in Stein
- 08.11.2018 **Pressekonferenz** in München

- 14.11.2018 **Kämmerertagung Oberfranken** in Marktredwitz
- 14.11.2018 **Umweltausschuss** in München
- 15.11.2018 **Kämmerertagung Oberbayern** in Miesbach
- 16.11.2018 **Personal- und Organisationsausschuss** in München
- 20.11.2018 **Bezirksversammlung Oberpfalz** in Kötzing
- 22.11.2018 **Kämmerertagung Niederbayern/Oberpfalz** in Cham
- 27.11.2018 **Kulturausschuss** in München
- 29.11.2018 **Bezirksversammlung Niederbayern** in Landshut
- 30.11.2018 **Kämmerertagung Unterfranken** in Würzburg
- 06.12.2018 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** in Ansbach
- 11.12.2018 **Bezirksversammlung Oberfranken**
- 08.02.2019 Arbeitskreis **Organisation** in München
- 12.02.2019 **Vorstand** in München
- 14.02.2019 **Pressekonferenz** in München
- 22.02.2019 Arbeitskreis **Personal** in München
- 07.05.2019 **Vorstand** in München
- 09.05.2019 **Pressekonferenz** in München
- 09./10.07.2019 **Vorstand** in Augsburg
- 10.07.2019 **Pressekonferenz BAYERISCHER STÄDTETAG 2019** in Augsburg
- 10./11.07.2019 **BAYERISCHER STÄDTETAG 2019** in Augsburg
- 22.10.2019 **Vorstand** in München
- 24.10.2019 **Pressekonferenz** in München

abgeschlossen am 30. Juli 2018